

## Österreich goes Ibiza: Gekaufte Politik als System

In Österreich sind es nur mehr wenige Tage bis zur Neuwahl. Nach der Veröffentlichung des Ibiza-Videos zerbrach die ÖVP-FPÖ Koalition und Bundeskanzler Kurz wurde abgesetzt. Was Strache auf Ibiza plante, war kein Einzelfall, sondern längst System der national-konservativen Regierung.

Österreich durchlebt gerade die größte politische Krise in der Geschichte der zweiten Republik. Im Mai wurde ein Video veröffentlicht, auf dem der damalige Vizekanzler und Parteiboss der FPÖ, Heinz-Christian Strache und sein Klubobmann Johann Gudenus einer vermeintlichen russischen Oligarchen-Nichte in einer Villa auf Ibiza zu sehen war. Der Inhalt des Videos: Die beiden FPÖ-Politiker boten ihrem Gegenüber Staatsaufträge und den Kauf der Krone, der größten österreichischen Tageszeitung, an. Im Gegenzug sollte die Oligarchen-Nichte für positive Berichterstattung sorgen, sowie über halblegale Vereinskonstruktionen der FPÖ Millionen zukommen lassen.

In Folge des Ibiza-Skandals mussten Strache und Gudenus von allen politischen Ämtern zurücktreten. Und es stellt sich heraus: Die vermeintlichen Ibiza-Deals waren kein Einzelfall innerhalb der FPÖ, sondern hatten in der rechtsrechten Regierungskoalition System.

### Großspender und gekaufte Politik

Strache sprach im Video von Industriellen und Milliardären, die geheim sowohl die FPÖ als die ÖVP mit Millionen-Spenden unterstützen. Damit dies nicht an die Öffentlichkeit gelang, gehen die Spenden nicht direkt an die Partei, sondern an sogenannte gemeinnützige Vereine, welche dann die jeweilige Partei finanziell unterstützen. Der Oligarchen-Nichte schlug FPÖ-Chef Strache vor, ebenfalls an einen derartigen Verein zu spenden.

In den folgenden Wochen kam allerdings auf, dass auch die Volkspartei solche Vereinskonstruktionen zur Parteifinanzierung nutzte. Über Vereine wie „Pro Patria“, „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“ oder dem „Institut für Bildung und Innovation“ flossen Millionenspenden an die ÖVP.

### **Geschenke für die Big Spender**

Doch die Spender, meist Großunternehmer, erwarteten sich eine Gegenleistung für ihre Großzügigkeit. Die ÖVP-FPÖ Koalition kamen diesem Wunsch nach. Sie führte den 12-Stunden-Tag ein, senkte die Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung, schafften die Grunderwerbsteuer für Immobilien-Investoren ab und präsentierten eine Steuerreform von der fast ausschließlich Großkonzernen profitieren.

### **Geld für Politik, Politik für Geld**

- 12-Stunden-Tag
- Senkung der Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung
- Abschaffung der Steuern für Grunderwerb für Immobilien-Investoren
- Steuerreform für Großkonzerne
- Dumping-Löhne für ausländische Facharbeiter
- 120 Mio. Euro Steuergeschenk für Hoteliers

### **Von illegalen Parteispenden zu Parteiausgaben**

Kurz nutzte die Großspenden, um die gesetzliche Obergrenze für Wahlkampfausgaben massiv zu überschreiten. Bereits im Wahlkampf 2017 gab die ÖVP 17 Millionen aus, somit 6 Millionen mehr als erlaubt. Kürzlich geleakte Dokumente aus der internen Buchhaltung der ÖVP zeigen, dass dies auch für den Wahlkampf 2019 geplant war. Statt den erlaubten 7 Millionen Euro, wollte die ÖVP mindestens 9 Millionen ausgeben.

Um dieser gekauften Politik einen Riegel vorzuschieben, wurde auf Antrag der SPÖ eine Gesetzesänderung für Parteispenden beschlossen. Ab jetzt dürfen Einzelpersonen max. 7.500 Euro spenden. Insgesamt darf eine Partei pro Jahr nur noch 750.000 Euro Spenden bekommen. Ein harter Schlag für die Wahlkampf-Maschinerie der ÖVP, denn 98 Prozent ihrer Spenden stammen von Milliardären und Konzernen.

### **Medien kaufen und kontrollieren**

Die „russische Oligarchin“ sollte sich bei Österreichs größten Zeitung, der „Kronen Zeitung“ einkaufen, wurde im Ibiza-Video geplant. Wenn sie 50 Prozent der Tageszeitung hätte, sollte die Zeitung PR für die FPÖ machen - und Straches Partei zum Wahlsieg verhelfen.

Dieser Teil des Videos ist fast gespenstisch: Erzählt er doch eine Geschichte, die genauso gekommen ist, nur etwas anders: Die FPÖ plante diesen Deal, zum Zug kam dann aber die ÖVP und ihre Freunde aus der Wirtschaft. Statt der russischen Oligarchen-Nichte kaufte sich der Immobilien-Mogul René Benko in die Kronen Zeitung und in eine weitere große Zeitung des Landes, in den Kurier ein. Der Millionär gilt als Freund und Förderer von ÖVP-Chef Kurz. Dieser wiederum half als Kanzler dem Konzernchef wiederholte Male bei seinen Geschäften.

### **Vorbild Orban: Die Medien kontrollieren**

Auch die von Strache geplante Umwandlung der Zeitungen in PR-Maschinerien fand unter dem Duo Benko-Kurz statt. Der langjährige Kurier-Chefredakteur Helmut Brandstätter musste am 1. Oktober 2018 seinen Platz räumen. Er galt als „zu liberal“ und wurde von Martina Salomon abgelöst, nachdem die schwarz-blaue Regierung mit der Blattlinie unzufrieden war. Die neue Chefredakteurin Martina Salomon fällt seither durch ihre äußerst freundliche FPÖ-Berichterstattung sowie sehr wohlwollenden Interviews mit ÖVP-Politikern auf.

### **Das Ende von Ibiza**

Gerüttelt von Skandalen und konfrontiert mit neuen Gesetzen hat die Kurz-Partei in den letzten Monaten viel an Wählerstimmen verloren. Umfragen im Mai sahen die Partei noch bei 40 %, inzwischen sank dieser Wert auf 34 Prozent. Damit liegt die ÖVP allerdings noch immer auf Platz 1. Die Zeit zwischen dem Ausbruch der politischen Krise und der Wahl war zu kurz, um eine entscheidende politische Wende herbeizuführen. Die durchwegs konservativen Medien Österreichs taten außerdem ihr Bestes, um die Wirtschaftspartei in der Öffentlichkeit schadlos zu halten - zu groß ist die wirtschaftliche Abhängigkeit der Medien von Besitzern und Inserenten.